Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 201. | Bielefeld-Bethel, Freitag, den 29. August 1919. | Jahrgang 1.

Wanderer.

Die Straßen, die ich gehe,
Sooft ich um mich sehe,
Sie bleiben fremd doch mir.
Herberg, wo ich möcht weilen,
Ich kann sie nicht ereilen,
Weit, weit ist sie von hier.
So fremd mir anzuschauen,
Sind diese Städt' und Auen,
Die Burgen stumm und tot.
Doch fern Gebirge ragen,
Die meine Heimat tragen,
Ein ewig Morgenrot.

Justinus Kerner. 1786—1862.

Die Aufgaben des ersten deutschen evangelischen Kirchentags.

Von Liz. Stange-Leipzig.

Es ist ein besonders geeigneter Augenblick, in dem der Deutsche evangelische Kirchentag, der am 2. September dieses Jahres zu seiner ersten Tagung in Dresden zusammentritt, seine Beratungen aufnimmt. Soeben ist die Reichsverfassung verabschiedet und veröffentlicht und damit zum ersten Male in weitem Umfang eine reichsrechtliche Grundlage für die evangelischen Kirchen Deutschlands geschaffen worden. Es wird nun gelten, auf dieser neuen Grundlage das evangelische Kirchenwesen aufzubauen, und die Beratungen über diese Aufgaben werden im Vordergrund der ersten Tagung des Allgemeinen Deutschen Kirchentages stehen. Hervortreten dürfte dabei besonders die Aussprache über die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen, die am Donnerstag durch einen Bericht von Generalsuperintendent a. D. D. Kaftan eingeleitet werden wird. Wenn auch durch die Beschlüsse der Reichsverfassung der Religionsunterricht im wesentlichen sichergestellt ist, so bleiben doch im einzelnen noch manche Fragen zu klären und es wird von evangelischer Seite aller Einfluß geltend gemacht werden müssen, damit der Geist weitherziger Toleranz, der diese Bestimmungen der Reichsverfassung durchzieht, nicht durch die Ausführungsgesetze geschmälert wird. Da ferner in absehbarer Zeit auch das durch die Verfassung in Aussicht gestellte Reichsgesetz über das Verhältnis von Kirche und Staat zu erwarten steht, so tritt auch die Aufgabe eines Neubaus der kirchlichen Verfassungen nunmehr in den Vordergrund. Ihr gelten die Beratungen am Mittwoch, bei denen Präsident D. Giese Verhandlungen über Synodalverfassungen und kirchliche Wahlen in den Landeskirchen einleiten wird. Für Sachsen gewinnen sie besonderes Interesse noch dadurch, daß bereits die Ende September wieder zusammentretende Landessynode über das Synodalrecht zu beschließen haben wird. Ausschließlich innerkirchliches Interesse haben schließlich die Verhandlungen über Lockerung des Parochialzwangs und Schutz der Minderheiten, für die der letzte Tag vorgesehen ist, und bei denen Pfarrer Michaelis-Bielefeld, einer der Führer der deutschen Gemeinschaftsbewegung, Bericht erstatten wird. Sämtliche Berichte sind in gründlicher Arbeit eines vorbereitenden Ausschusses durch gearbeitet worden und werden in Thesenform dem Kirchentage vorgelegt.

In allen diesen Fragen kann freilich der Deutsche Kirchentag zur Zeit nur ein beratendes Gutachten abgeben, solange er nicht eine rechtlich geordnete Organisation der deutschen Kirchen darstellt. Ihn dazu auszugestalten soll eine der Aufgaben des ersten Verhandlungstages sein, für den der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Moeller selbst die Berichterstattung übernommen hat. Wie Konsistorialpräsident D. Dr. Böhme-Dresden in diesen Tagen in einem Aufsatz, der durch die sächsische Aufklärungsstelle der Tagespresse zugänglich gemacht worden ist, mitgeteilt hat, ist als Ziel die Errichtung eines Bundes der deutschen evangelischen Kirchen in Aussicht genommen, dessen wirksamstes und bedeutungsvollstes Organ neben dem bisherigen Kirchenausschuß und der Konferenz deutscher Kirchenregierungen der Kirchentag sein würde. Es werden damit Entwicklungen zum Abschluß kommen, die bereits seit Frühjahr 1918 durch eine unter Leitung von A. Dr. Böhme eingesetzte Kommission des Kirchenausschusses eingeleitet worden sind. Unter den Aufgaben, die dem Kirchenbund und damit auch dem Kirchentage zufallen würden, seien hervorgehoben die Vertretung des evangelischen Deutschlands gegenüber dem Reich und den Einzelstaaten und die Förderung und Sicherung einer einheitlichen Entwicklung der Landeskirchen zu selbständigen und freien Volkskirchen. Auch die Fürsorge für die kirchliche Versorgung der Evangelischen in den Schutzgebieten und im Auslande, die bisher vorwiegend von einzelnen Landeskirchen getragen worden ist, dürfte in Zukunft auf den Kirchentag übergehen, der sich bereits auf seiner ersten Tagung auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Schließlich aber wächst die Bedeutung des Kirchentages über die bisher erwähnten beratenden und organisatorischen Aufgaben hinaus und läßt ihn zu einer eindrucksvollen Kundgebung des gesamten deutschen Protestantismus werden, die gerade im gegenwärtigen Augenblick dringend geboten erscheint. Innerhalb des Programms der Tagung ist dem durch zwei programmatische Vorträge Rechnung getragen, die die Verhandlungen der beiden ersten Tage einleiten werden. D. Ihmels-Leipzig wird am Dienstag morgen über „Evangelischer Glaube als Kraftquelle der Gegenwart" und Professor D. Titus-Göttingen am Mittwoch vormittag über „Evangelisches Christentum als Kulturfaktor" sprechen, während für den Donnerstag Beschlußfassung über Kundgebungen des Kirchentages vorgesehen ist. Zugleich aber gruppieren sich um die offizielle Tagung eine Reihe großer Kundgebungen weiterer evangelischer Kreise. So findet am 1. September in Dresden die Vertreterversammlung des Deutschen Volkskirchenbundes statt, der in den wenigen Monaten seit seinem Bestehen bereits weit über 1 Million Mitglieder gesammelt hat. Der 31. August sieht ebenfalls in Dresden erstmalig einen Evangelischen Pressetag Deutschlands zusammentreten, und schließlich dürften auch die unmittelbar an den Kirchentag anschließenden Verhandlungen der Allgem. Ev. Luth. Konferenz in Leipzig im inneren Zusammenhang mit ihm stehen, sodaß die ersten Wochen des September eine einzigartige Kundgebung gesamtevangelischen Lebens innerhalb Sachsens sehen dürften. Möchte das kirchliche Leben Sachsens, das bekanntlich in besonderem Maße unter dem schroffen Vorgehen der sächsischen Volkskammermehrheit zu leiden hat, dadurch eine innere Stärkung und Befruchtung erfahren!

Presse.

Dazu wird uns geschrieben:

Gestatten Sie einem eifrigen Leser eine Anregung zur Frage der Schuldigen am Weltkriege zu bringen:

Kann man einzelne Menschen für ein Naturereignis verantwortlich machen, das ein Teil des gottgewollten Kampfes der Völkerorganismen ist?

Das durch Einigung seiner Stämme gekräftigte und sich reich entfaltende deutsche Volk mußte mit den ihre alte Vorherrschaft behauptenden Westmächten Frankreich und England um Luft und Licht kämpfen. Der nationale Gedanke auf dem sein wie auch Italiens gleichzeitiger Aufschwung fußte, regte gleiche Strebungen bei den slawischen und bei den Balkanvölkern an, als sie sahen, welche gewaltigen Kräfte die Befreiung und Vereinigung der Stammverwandten entbindet.

Rußlands Herrscher und Volk aber strebten dauernd nach Erweiterung ihres Landbesitzes, weil ihnen die Kraft fehlte, den Wert des besessenen Bodens durch gründliche Ausnutzung zu steigern. Frankreichs und Rußlands Staatsleiter, als sie fühlten, daß sie Deutschland im wirtschaftlichen Kampf nicht niederhalten konnten, drängten, von ihrem Standpunkt nicht unberechtigt, zur Waffenentscheidung. Der Wunsch aller deutschen und vieler englischen Staatsmänner ging dahin, einen Ausgleich zu finden, Grenzen zu setzen, die alle befriedigten, er mußte scheitern, weil Gott keinem von ihnen die geniale Kraft gegeben, dieses Riesenwerk durchzuführen.

Denn es hinderte sie daran das Streben der herrschenden Völker und Volksschichten, andere für sich arbeiten zu lassen, sich die angenehmere Arbeit der geistigen Leitung vorzubehalten, den weniger entwickelten Völkern und Volksklassen die harte Land- und öde Fabrikarbeit zuzuschieben, selbst alle Segnungen und Annehmlichkeiten der verfeinerten Kultur zu genießen, ihre Lasten und Qualen aber auf andere Völker und Volksgenossen abzuwälzen.

Das ist wohl von jeher so gewesen; aber wer brachte den Massen diese Ungerechtigkeit zum Bewußtsein, spornte sie zur Selbsthilfe? Das ist die neue Großmacht, „die Presse"; darauf beruht ihre Macht, aber auch ihre Verantwortung.

Wer trägt nun die Schuld, daß das Streben nach einem allen gerecht werdenden Ausgleich nicht stärker betont, der Kampf als das einzige Ausgleichsmittel hervorgehoben, und dieser durch Haß und Lüge vergiftet worden: Das sind die wahren Schuldigen am Weltkrieg.

Die Zeitungsleser, die immer schärfer gepfefferte Kost verlangten, die Schriftsteller und Zeitungsbesitzer, die aus Habgier und Ehrsucht solche Kost willig bereiteten und an diesem satanischen Handwerk Gefallen fanden.

Nur ein Preßverantwortlichkeitsgesetz, das die Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Schriftsteller für den angerichteten Schaden verantwortlich macht, und ein möglichst unparteiischer Weltpreßgerichtshof vermögen hier Wandel zu schaffen und der Menschheit den Segen bringen, den sie vom Völkerbund erwartet.

Aber jeder Einzelne kann schon jetzt zu der Genesung des Weltgewissens beitragen, indem er nur solche Zeitungen hält und kauft, die vornehm und ehrlich zu schreiben streben. Ich aber freue mich am „Aufwärts", der auch meiner religiösen Auffassung gerecht wird, habe 3 Exemplare für die Truppenabteilung eines mir nahestehenden Offiziers seit Juni bestellt, und bin gerne bereit, auf dortseitige Anregung hin weiter für ihn zu wirken, soweit es in meinen schwachen Kräften steht.

C. von Kossecki, Generalmajor a. D.

Der Landwirtschaftsminister über die Siedlungsfrage.

In einer Unterredung, die der preußische Landwirtschaftsminister Braun in Weimar mit einem Vertreter des „Berliner Tageblatts" über die Siedlungsfrage hatte, wies er besonders auf deren Hemmung durch den Kohlenmangel hin. Gleichwohl könnte über den zurzeit möglichen, sehr geringen Umfang der Siedlungstätigkeit hinaus diese recht wirksam vorbereitet werden, wenn die ernstlich zur Ansiedlung und zum Übergang in die Landwirtschaft Entschlossenen schon jetzt aus der Stadt aufs Land hinausziehen und sich dort der landwirtschaftlichen Tätigkeit widmen wollten. Dort würden sie die Erfahrungen sammeln, die ihnen später als Ansiedler sehr wertvoll wären. Die Landwirtschaft braucht Arbeitskräfte bitter notwendig, um die verhältnismäßig reiche Ernte dieses Jahres einzubringen und die Winterbestellung rechtzeitig und sachgemäß durchzuführen.

Der so stürmisch hervorgetretene Landhunger, äußerte der Minister weiter, könnte bisher nur im Wege gütlicher Vereinbarung mit den Großgrundbesitzern befriedigt werden. Es handele sich dabei meist um die Landzuweisungen an Parzellen und kleinbäuerlichen Wirtschaften, die über Wohn- und Wirtschaftsgebäude verfügen. In Schlesien seien im Laufe des letzten Monats 292 639 Morgen Land pachtweise von Großgrundbesitzern an kleine Grundbesitzer abgegeben worden. Nach Inkrafttreten der Reichssiedlungsordnung werde man auch die Ödland- und Moorkultivierung planmäßiger betreiben können; ein Gesetzentwurf liege der preußischen Landesversammlung bereits vor. Das Gesetz über die Landeskulturbehörden trete am 1. Oktober in Kraft; bis dahin werde diese Behörde organisiert sein. Bald nach Zusammentritt der preußischen Landesversammlung werde das Ausführungsgesetz zur Reichssiedlungsordnung eingebracht werden. Ein Forstkulturgesetz, das die weitestgehende Staatsaufsicht über die private Forstwirtschaft bezweckt, sei in Vorbereitung.

Die Mission als Helferin im Kolonialkrieg.

Dazu erhalten wir folgende Zuschrift:

Als ich den Artikel „Die Mission als Helferin im Kolonialkrieg" las, stimmte es mich etwas traurig. Einmal weil ich es nicht für passend halte in der Jetztzeit derartige Artikel zu bringen, und dann weil die nicht zur Berliner Mission gehörigen Missionare und die Pflanzer etwas zu kurz kommen. Man könnte daraus den Schluß ziehen, als ob den übrigen die Sache des bedrängten Vaterlandes so ziemlich gleichgültig gewesen sei, als ob sie die Hände in den Schoß gelegt und wenig oder gar nichts getan hätten. Ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu können und zu dürfen, daß ein jeder, ob Missionar oder Pflanzer, seine Pflicht an seinem Platze getan hat. Die höchste Ehre gilt natürlich unserer tapferen Truppe. Welche Verpflegungsmengen sind allein im Kondelande von den dortigen Missionaren und Pflanzern der Truppe geliefert worden! Und dann was die Weberei betrifft. Es waren das nicht etwa die ersten Webversuche. Schon im Jahre 1909 habe ich Gewebe nach europäischem Muster angefertigt und Eingeborene dazu angeleitet. Ich habe s. Zt. auch Proben dieser Gewebe nach Berlin geschickt. Da ich eine finanzielle Unterstützung nicht erhielt und mir aus privaten Mitteln die Sache weiterzuführen nicht möglich war,, so schlief sie wieder ein. In einer Chemnitzer technischen Zeitschrift habe ich darüber geschrieben und dabei auf die noch zu überwindenden Schwierigkeiten hingewiesen. Während des Krieges kam dann auch eine Anfrage an mich, ob ich bereit sei, die Webereiangelegenheit im Bezirk Langenburg zu übernehmen. Ich erklärte mich dazu bereit, soweit es in meinen Kräften läge und bestellte eine Anzahl Spinnräder und Webstühle. Es sind mir dann mehrfach Garnproben zugeschickt worden, worüber ich mein Gutachten abzugeben hatte. Zu einem Anfang ist es noch nicht gekommen; es war zu spät.

P. U.

Der Konflikt in Kurland.

Gehorsamsverweigerung der Eisernen Division.

Die lettländische Regierung hatte den im Baltikum im Kampfe gegen den Bolschewismus stehenden Truppen Bürgerrecht zwecks Ansiedelung versprochen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Die deutsche Regierung hat gegenüber dieser Stellungnahme der lettländischen Regierung die Zurückziehung der Truppen angeordnet. Der Kommission, die die Truppen im Interesse ihrer Forderung auf Siedlung zur Regierung gesandt hatten, wurde wohlwollende Erwägung zugesagt. Die Truppe, die aus dem Bericht der Kommission und der Tatsache der fortlaufenden Abbeförderung von Truppen erkannte, daß ihr Streben nach Aufrechterhaltung ihrer Rechte und Bekämpfung des Bolschewismus außerhalb der Grenzen Deutschlands nicht Unterstützung fand, will sich nicht auflösen lassen und hat durch ihre Vertreter am Sonntag folgenden Beschluß gefaßt:

„Wir sämtliche in Kurland stehenden Truppen sind fest entschlossen, unter allen Umständen unsere mit unserem Blute wohlerworbenen, durch Vertrag verbrieften Rechte auf Bürgerrecht und Siedelung in Lettland aufrecht zu erhalten. In felsenfestem Vertrauen zu unseren Führern bitten wir diese, mit uns auszuharren und nicht zuzulassen, daß wir um unsere Zukunft betrogen werden. Wir bitten einstimmig Herrn Major Bischof, diese unsere Bitte unserem Oberbefehlshaber, Herrn Grafen v. d. Goltz, vorzutragen. Im Namen der Delegiertenversammlung, gez. Pionier Engell, 2. Pionierkompagnie der Eisernen Division."

Telegramme der Truppen an die Regierung

In Ausführung dieses Beschlusses wurden der Oberpräsident von Ostpreußen Winnig, sowie der Reichspräsident, die Reichsregierung und die Nationalversammlung von dem Beschluß sämtlicher reichsdeutscher Truppen, im Lande zu bleiben, in Kenntnis gesetzt. Die Truppen wollen Erfüllung der Versprechen des Bürgerrechts und der Ansiedelung, haben ihre Führer um Unterstützung gebeten, und sind bereit, weiter als Vorposten die Heimat und besonders Ostpreußen vor dem Bolschewismus zu schützen. Sie bitten und erwarten, daß die Regierung von Erwägungen und Erörterungen, die einer Abordnung der Truppen in Aussicht gestellt wurden, unverzüglich zur Wahrung ihrer Rechte übergeht und durch die Tat beweist, daß ihr die versprochene Seßhaftmachung des Soldaten auf eigener Scholle ernst ist.

Die Führer haben in Erkenntnis der Stimmung der Truppen und der Berechtigung ihrer Forderungen die vorgesetzten militärischen Dienststellen gebeten, die Interessen der Soldaten voll zu wahren. Alle treibt vor allem die schwere Sorge, daß nach Räumung Lettlands die Heimat ganz unmittelbar vom Einbruch des Bolschewismus bedroht wird.

Die Reichsregierung kann die Wünsche der Truppen nicht erfüllen.

Die Reichsregierung hat, wie dem Wolffschen Tel-Büro von zuständiger Seite gemeldet wird, noch vor kurzem, als der lettische Gesandte Schreiner sein Beglaubigungsschreiben überreichte, die lettische Regierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die entstehen könnten, wenn die im Baltikum stehenden Truppen dem Befehl der Regierung entgegen jene Gegenden nicht verlassen wollten, in denen sie sich anzusiedeln hofften, weil ihnen durch Vertrag das lettische Einbürgerungsrecht versprochen war. Damit hat die deutsche Regierung das Versprechen erfüllt, das sie den Truppendeputationen gegeben hatte, welche in Weimar vorstellig geworden waren und die Stimmung der Truppen geschildert hatten. Im übrigen ist die Reichsregierung verpflichtet, den Friedensvertrag zu erfüllen, und sie muß deshalb mit allem Nachdruck darauf bestehen bleiben, daß die Räumung des Baltitums schleunigst erfolgt. Der Schutz Ostpreußens gegen etwaige Einfälle bolschewistischer Banden hat an der Reichsgrenze zu geschehen. Hierfür wird in der nötigen Weise Vorsorge getroffen werden.

Im Zusammenhang mit der Räumung des Baltikums war auch die Rückverlegung des 6. Reservekorps angeordnet, und der Kommandierende dieses Korps, Graf von der Goltz, hatte Befehl, nicht mehr nach Mitau zurückzukehren. Als Graf von der Goltz von der Gehorsamsverweigerung eines Teils der Truppen erfuhr, hielt er sich verpflichtet, auf eigene Verantwortung nach Mitau zurückzukehren, um seinen Einfluß auf die Truppen geltend zu machen. Infolge der Unruhen kam es leider in Mitau auch zu Zusammenstößen mit lettischem Militär, wobei zwei lettische Kompagnien entwaffnet und die lettische Kommandantur geplündert wurde. Graf von der Goltz hat in einem Schreiben an den lettischen Oberbefehlshaber dies gemißbilligt, sein Bedauern ausgedrückt, eine eingehende Untersuchung versprochen und angeordnet, daß die weggenommenen Waffen wieder zusammengebracht würden. Graf von der Goltz hat weiter Korpsbefehl an die Truppen erlassen, in dem die Widersetzung der Truppen gegen den Befehl der Regierung gemißbilligt wird.

Die Regierung hat Verständnis für die Mißstimmung, die unter den Freiwilligen herrscht, die sich nur deshalb anwerben ließen, weil sie auf Ansiedelung im Baltikum hofften, aber sie hat nicht die Machtmittel, die Wünsche der Truppen zu erfüllen. Die Regierung erwartet aber von den im Baltikum kommandierenden Truppenführern, daß sie die Truppen über die verhängnisvollen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Gehorsam zurückbringen werden.

Die oberschlesische Ententekommission.

Die ersten Ermittelungen in Oberschlesien.

Die Ententekommission sprach am Dienstag bei dem Generalleutnant Hoefer, dem Kommandeur der 117. Inf.-Division in Gleiwitz vor. Es fand eine Besprechung über das aufzustellende Programm statt. Ein Generalstabsoffizier, Hauptmann Gall, hielt Vortrag über deutsche Beschwerden und die Organisation des bewaffneten Aufstandes. Ein Hauptmann des Rosenberger Bezirks berichtete über den dortigen Aufstand, der mit Unterstützung polnischer regulärer Truppen erfolgte. Der englische Oberstleutnant Tidbury dankte für die Aufklärungen. Es ergab sich, daß soviel Klagematerial von deutscher und polnischer Seite vorliegt, daß die Mission nunmehr mit einem vierzehntägigen Aufenthalt in Oberschlesien rechnet. Sie wohnt auf Schloß Neudeck beim Fürsten Henckel-Donnersmark. Die Division stellte ihr vier Autos und Hauptmann von Goldammer als Begleiter zur Verfügung. Die Mission empfing eine Abordnung aus Hultschin und begab sich von hier zunächst nach Hindenburg.

Hier nahmen sie sofort Fühlung mit den Behörden und mit den Vertretern aller politischen Parteien, um sich über die Ursachen der Unruhen und des Bergarbeiterstreiks zu unterrichten. Nach dreistündigem Aufenthalt reiste die Kommission nach Lipine, wo ebenfalls eine Konferenz stattfand, bei der wieder Vertreter aller Arbeiterparteien zugegen waren. Sodann fuhren die Herren nach der Godullahütte und der Schlesiengrube. Als Vertreter des Staatskommissars Hörsing begleitete die Kommission der Arbeitersekretär Brisch aus Hindenburg. In den folgenden Tagen wird die Kommission das gesamte oberschlesische Industriegebiet bereisen. Der Kommission sind zwei Dolmetscher beigegeben.

Nach einer Meldung des Pressebüros Radio hat der Oberste Rat in Paris an den Führer der französischen Militärmission in Berlin General Dupont eine Anfrage bezüglich der Zahl und der Art der Truppen gerichtet, die erforderlich sein würden, um das Abstimmungsgebiet in Oberschlesien zu besetzen.

*

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes.

Nachdem im oberschlesischen Industriegebiet wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt sind, die Arbeit in den Gruben und Hüttenwerken zu großen Teil wieder aufgenommen ist, nunmehr keine Gefahr mehr besteht, daß die Arbeitswilligen durch terroristische Akte von der Arbeit abgehalten werden, und durch

Das Dorf ohne Kirche.

Ein Zukunftsbild.

Als die Trennung von Staat und Kirche vollzogen worden war, hatten die meisten Gemeinden opferfreudig alles aufgeboten, um ihr Kirchenwesen aus eigenen Mitteln zu sichern und ihre Geistlichen zu erhalten. Aber die Bewohner des Industrieortes Schlothausen, von jeher wegen ihrer Unkirchlichkeit, ja offenen Kirchenfeindschaft übel berufen, hatten erklärt, sie brauchten keine Kirche mehr. Religion sei ja Privatsache, und ihnen sei der Privatluxus, einen Geistlichen zu besolden, in diesen Notzeiten zu kostspielig. So ließ man den Pfarrer, der gerade eine andere Pfarrstelle erhalten hatte, ziehen, ließ die Pfarrstelle unbesetzt und verzichtete auf Vertretung durch andere Pfarrer.

An den Sonntagen schwiegen die Glocken. Das behagte schon vielen nicht. Sie sagten untereinander: „Es ist einem gar nicht mehr sonntäglich zu Mute. Sind wir auch nicht oft in die Kirche gegangen, so war es doch schön, durch das Glockengeläute erinnert zu werden, daß wir nicht immer nur Arbeitstiere sind, sondern auch einmal das Herz zu seinem Rechte kommen lassen sollten." Und ganz öde waren die Feiertage. Ein Erntefest ohne schön geschmückte Kirche, ohne Chorgesang und Orgelspiel war doch gar zu fade. Und gar das Weihnachtsfest! Da hatte sonst in der Kirche ein Christbaum mit vielen Lichtern gestanden; die Kinder hatten sich lange vorher auf ihn gefreut, und auch die Erwachsenen hatten sich da in der Kirche immer seltsam angeheimelt gefühlt. Damit war's nun vorbei. Aus den Häusern freilich hatten auch die Aufgeklärtesten den Christbaum nicht zu verbannen gewagt. Aber auch die kirchliche Feier fehlte doch den meisten sehr.

Und daheim vermißten sie die Weihnachtslieder, die sonst ihre Kinder gesungen hatten. Doch die Kinder kannten keine Weihnachtslieder mehr. In der Schule wurde ja kein Religionsunterricht mehr erteilt, und den Pfarrer, der kirchlichen Unterricht hätte geben können, hatte man aus Sparsamkeit ziehen lassen. Wo sollten da die Kinder die schönen Gesänge lernen? Überhaupt, es war ein rechtes Kreuz mit den Kindern. Sie waren so roh und frech, vor niemand und nichts hatten sie Ehrfurcht, sie waren so nüchterne, altkluge Verstandsmenschen, die gar nichts Kindliches mehr an sich hatten. Sie wußten nichts vom lieben Gott und vom Heilande Jesus, und wenn die alte Großmutter in ihrem Gesangbuche las, verlachten sie die Enkel. Am kläglichsten war der Palmsonntag. Mochte die Schulentlassung noch so feierlich gestaltet werden, die kirchliche Einsegnung konnte sie nicht ersetzen. Die Eltern bedauerten ihre Kinder, daß sie keine Konfirmation mehr hatten. Sie dachten an ihre eigene zurück. Die war ihnen in unvergeßlicher Erinnerung geblieben. Es war doch wunderschön gewesen, wenn sie im festlichen Zuge zur Kirche gingen, und wenn sie dann am Altare niederknieten, dann war auch über die Leichtfertigsten eine innere Bewegtheit gekommen, deren sie sich nicht erwehren konnten. Sie hatten eine Ahnung davon gehabt, was es heißt, vor Gott stehen. Die armen Kinder, die von alledem nichts erlebten!

Überhaupt das ganze Familienleben hatte viel eingebüßt. Wenn eine Eheschließung vollzogen wurde, dann vermißte fast jede Braut die kirchliche Trauung. Die Mutter erzählte, wie sie vor dem Altare es erst recht empfunden hatte, was für eine hohe und heilige Sache es um die Ehe sei; da sei auch der Vater tief ergriffen gewesen. Es war auch kein rechter Segen mehr in den Ehen. Niemand wußte zu sagen, was eigentlich in den Häusern fehlte, aber es war nicht, wie es sein sollte. Und die Männer wurden jeden Tag wüster. Aber es war niemand da, der ein kräftiges Wort dagegen sagte. Früher hatte der alte Pfarrer von der Kanzel gegen die Dorfsünden gewettert und auch manchem persönlich in's Gewissen geredet. Das hatte doch kräftig auf viele eingewirkt. Aber das jetzige Treiben war kaum noch zu ertragen.

Wenn ein Kind geboren wurde, ging alles ohne Sang und Klang ab. Früher, ja, da hatte man die Kinder zur Taufe getragen, und das war ein weihevoller Tag für die ganze Familie gewesen. Wenn auch mitunter der Mann über Firlefanz gebrummt hatte, so hatte er sich doch stolz als Vater gefühlt, wenn die Gevattern mit dem schmuck ausgeputzten Kinde nach Hause gekommen waren. Jetzt klagen die Mütter, es werde gar nicht in der Gemeine beachtet, daß sie einem Kinde das Leben geschenkt hätten.

Noch schlimmer ging es bei Beerdigungen her. An äußerem Gepräge freilich mangelte es nicht. Der Gesangverein „Liederkranz" sang wenigstens bei Erwachsenen am Grabe, es wurden politische Reden gehalten, Kränze mit Vereinszeichen wurden am Grabe niedergelegt. Aber das Herz der Trauernden schrie nach Trost, und wenn ihnen nur gesagt wurde, es sollte nun alles aus und vorbei sein, so war es schier zum Verzweifeln. Wie ganz anders war es früher gewesen, wenn der Kirchenchor gesungen hatte: „Was Gott tut, das ist wohlgetan" oder „Jesus, meine Zuversicht", und wenn dann der Pfarrer von der Ewigkeitshoffnung gesprochen und herzlich mit den Leidtragenden gebetet hatte! Ja, da war's über die Herzen gekommen wie linder Balsam. Ganz besonders schrecklich aber waren die Kinderbeerdigungen. Wenn nun die kleinen Lieblinge ganz stillschweigend eingescharrt wurden, dann wollte sich das Herz der Eltern umwenden.

Auch die Kranken und Sterbenden sehnten sich inbrünstig nach dem Trost der Kirche. Es war doch fürchterlich, wenn ihnen niemand christlichen Zuspruch erteilte, wenn die Besucher ihnen nichts zu geben wußten als ein bißchen falsche Hoffnung auf Genesung oder ihnen sagten, man müsse sich nun einmal in's Unabänderliche fügen. Es war entsetzlich, daß kein Hausgenosse mit ihnen zu beten wußte. An manchem Sterbebette stand die ratlose Verzweiflung.

Doch nicht nur das Leben des Hauses verkümmerte ohne die Kirche wie eine Pflanze ohne Sonnenschein. Die Tätigkeit des Pfarrers fehlte allenthalben in der Gemeinde. In den verschiedensten Angelegenheiten war er den Gemeindegliedern ein uneigennütziger und treuer Berater gewesen. Wieviel verfeindete Nachbarn hatte er versöhnt, wie viele entzweite Ehegatten hatte er wieder zusammengebracht, wie manches ungeratene Kind wieder zurechtgewiesen! Und die Armen hatten keinen fürsorgenden Freund mehr, die Krankenpflege, für die der Pfarrer die Mittel geworben hatte, geriet ins Stocken, für den Gemeindewaisenrat wollte sich keine geeignete Persönlichkeit finden; denn der vielbeschäftigte Lehrer konnte unmöglich alles übernehmen.

— — — — — — — — —

Die Bewohner von Schlothausen merkten es allmählich, was sie an ihrer Kirche gehabt hatten. Es dauerte auch nicht lange, so hielten es viele nicht mehr ohne Kirche aus. Erst waren es nur einzelne, die den stundenweiten Weg in den Nachbarort am Sonntage machten, um dort am Gottesdienste teilzunehmen. Sie wurden zunächst weidlich verspottet. Aber bald mehrte sich die Zahl der Kirchgänger. Und schließlich kam die Gemeinde überein, sie wolle wieder einen Pfarrer berufen. Das neue Heidentum hatte sich nicht als Fortschritt, sondern als ein großer Rückschritt erwiesen. Das ganze Leben war verflacht und verödet. Es war ein hoher Freudentag, an dem zum ersten Male wieder die Glocken läuteten, die Orgel klang und die Gemeinde der Predigt in der Kirche lauschte.

Das Dorf hatte seine Seele wieder.

Eckardt.

(Im Flugschriftenverlag des Evangel. Preßverbandes für Deutschland, Berlin-Steglitz.)

das tatkräftige Eingreifen der Reichswehrtruppen der Aufstand der polnischen Aufständischen und Spartakisten niedergeschlagen ist, hat der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen im Einvernehmen mit dem kommandierenden General des VI. Armeekorps den am 18. August 1919 verkündeten verschärften Belagerungszustand aufgehoben, der über Oberschlesien verhängt worden war. Es treten somit wieder die Bestimmungen des Belagerungszustandes in Kraft, die vor dem 18. August 1919 gegolten haben.

Polnische Hetze gegen deutsche Beamte.

Zur Angelegenheit der Volksabstimmung in Ostpreußen gibt der polnische Volksrat für Ermland-Masuren der polnischen Bevölkerung dieser Landesteile bekannt: Die Koalitionskommission, welche die Abstimmungsgebiete übernimmt, wird sämtliche oberen Verwaltungsbeamten, wie Regierungspräsident, Regierungsräte, Landräte und Bürgermeister, von ihren Posten entfernen. Außerdem sollen entfernt werden: Gemeinde- und niedere Staatsbeamte, welche irgend einen Druck auf die polnische Bevölkerung ausüben könnten. Die auf diese Weise freigewordenen Stellen werden für die Zeit der Volksabstimmung durch die Ententekommission mit geeigneten Leuten, Polen und gerechtdenkenden Deutschen, besetzt werden. Wir fordern die polnische Bevölkerung der Abstimmungsgebiete auf, uns umgehend mitzuteilen: erstens die Namen derjenigen höheren und niederen Beamten, welche durch ihre antipolnische Tätigkeit sich unmöglich gemacht haben, zur Ausübung ihres Berufes für die Zeit der Volksabstimmung, wofür Beweismaterial nach Möglichkeit beizufügen ist: zweitens die Namen von Polen und gerechtdenkenden Deutschen, welche die Stellen der entfernten Beamten vorübergehend übernehmen könnten. Die Zusammenstellung wird zuvor sachlich geprüft und den maßgebenden Volksabstimmungsbehörden eingereicht werden.

Kein Banknotenumtausch.

Weder Umtausch noch Abstempelung.

Die Bedenken der Sachverständigen gegen den Notenumtausch waren so schwerwiegend, daß das Reichsfinanzministerium den Plan des Umtausches und der Abstempelung hat fallen lassen müssen. Das Reichsfinanzministerium macht hierüber folgende amtliche Mitteilung:

„Ueber die Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht haben in den letzten Tagen Besprechungen mit einem großen Kreis von Sachverständigen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Beratungen beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen nicht, den Umtausch des deutschen Papiergeldes vorzuschreiben. Eine Abstempelung der Banknoten usw. ist überhaupt nicht in Frage gekommen."

Die amtliche Feststellung, eine Banknoten-Abstempelung sei überhaupt niemals in Frage gekommen, muß doch zum mindesten allgemeines Kopfschütteln erregen. Soweit wir uns erinnern, hat der Reichsfinanzminister vor knapp anderthalb Wochen in der Nationalversammlung bei der Beratung des Gesetzentwurfes gegen die Kapitalsflucht den Ausdruck Notenabstempelung wiederholt gebraucht und auch erklärt, Verschleierungen durch Fälschung des Stempels seien so gut wie ausgeschlossen, da der für den Zweck eigens konstruierte Stempel nach der Meinung von Fachleuten nicht nachgemacht werden könne, wenigstens nicht innerhalb zwei Monaten, die als Abstempelungszeit zunächst in Betracht kämen. Die Gesamtabstempelung werde sich über einen sehr langen Zeitraum, vermutlich über Jahre, erstrecken. Und jetzt heißt es, die Banknotenabstempelung sei überhaupt nicht in Frage gekommen. Wer mag für die Abfassung dieser Notiz im Reichsfinanzministerium, dessen Chef soeben zum Besuche seiner Familie nach der Schweiz gefahren ist, eigentlich verantwortlich sein?

Im Reichsfinanzministerium ist man also nun doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Notenumtausch zur Zeit nicht gerade von Vorteil für unser Wirtschaftsleben sein kann. Würde, so schreibt das „Berliner Tageblatt", der Reichsfinanzminister vorher Sachverständige zu Rate gezogen haben, so wäre ihm der jetzige — nicht gerade ehrenvolle — Rückzug und der deutschen Volkswirtschaft die in der letzten Zeit eingetretene scharfe Entwertung der Valuta erspart geblieben sein. Im übrigen ist zu hoffen, daß es der Sachverständigenkommission gelingen wird, statt des untauglichen Notenumtausches bessere und wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die Steuerflucht vorzuschlagen.

Die Kohlennot.

Süddeutschland fordert eine Verbesserung der Kohlenversorgung.

Die im Stuttgarter Rathaus versammelten Vertreter der süddeutschen Städte faßten zur Frage der Kohlenkrise einstimmig eine Entschließung, in der sie die derzeitige Versorgung der Städte mit Brennstoff für unhaltbar erklären und schon jetzt auf die bald nach Eintritt des Winters infolge Brennstoffmangels zu erwartenden Uebel aufmerksam machen. Sie fordern Bevorzugung gegenüber den in bezug auf die Zufuhrverhältnisse günstiger gestellten Landesteilen und ein Eingreifen der obersten Reichsstellen zugunsten einer Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands. Sie wenden sich an die Bergarbeiter in der Erwartung, daß sie die Kohlenförderung mit vermehrtem Nachdruck betreiben. Es wurde beschlossen, eine Abordnung, der auch Arbeitervertreter angehören, nach den mitteldeutschen Kohlengebieten und dem Ruhrbecken zu senden, um mit der Bergarbeiterschaft persönlich Fühlung zu nehmen.

Ein Notruf aus dem Industriegebiet.

Auch im Industriegebiet selbst nimmt die Kohlenkrise immer drohendere Formen an. Die Spitzen der Bochumer großen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände haben nach Anhörung von Vertrauensleuten aus den größten Betrieben auf telegraphischem Wege folgenden Notruf an das Ministerium gesandt: Der Mangel an Bergleuten und die Kohlenlieferungen an die Entente bedingen schon jetzt einen Kohlenmangel in außerordentlichem Umfange. Im Winter droht eine Katastrophe, die Eisenbahnen haben schon äußerste Verkehrseinschränkungen getroffen. Selbst hier mitten im Kohlenrevier Deutschlands haben große Fabriken unter Berufung auf den Kohlenmangel bereits umfangreiche Kündigungen vorgenommen. Die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten der Kohlengroßstadt Bochum fordern ohne Unterschied der Richtung und einmütig dringend zwangsweise Einschränkung des Kohlen- und Lichtverbrauchs durch ständige Kontrollkommissionen. Ferner Ausnutzung des Tageslichtes und der **Mittagsstunden und allgemeine gesetzliche Einführung der ungeteilten Arbeitszeit in allen Betrieben. Dadurch wird bedingt: Entlastung des Kohlenverbrauchs, Vermeidung doppelten Kochens sowie gewaltige Ersparnis an Licht und Heizung. Zur Brennstoffersparnis ist erforderlich: Verbot der Schaufensterbeleuchtung, Frühschluß der Geschäfte, Früherlegung der Polizeistunde. Widerstand der Interessenten hier unüberwindlich, dringen auf gesetzliche Maßnahmen.**

Bevorstehende Stillegung von Berliner Großbetrieben.

Es ist damit zu rechnen, daß bereits in den nächsten Tagen eine Anzahl sehr großer Berliner Firmen ihre Betriebe infolge des Kohlenmangels stilllegen müssen. Da diese Maßnahme von schwerwiegenden Folgen begleitet sein dürfte, schweben zur Zeit Beratungen darüber, auf welche Weise man dem drohenden Wirtschaftszusammenbruch wirksam entgegentreten kann. Von Donnerstag ab treten für Groß-Berlin außerordentlich einschneidende Bestimmungen über Gassperrstunden, Sammelheizung und Warmwasserversorgung in Kraft. Zur stärkeren Kohlenersparnis wurde auch eine Verkürzung der Polizeistunde vorgeschlagen, hierüber schweben noch Erwägungen. Die Anwendung der kleinen Mittel, d. h. der zeitweisen Einschränkungen in einzelnen Gewerbezweigen und auf einzelnen Gebieten, wie z. B. durch früheren Ladenschluß, wie sie im vorigen Jahre geübt worden ist, wird natürlich auch in diesem Jahre vorgenommen werden.

Deutsches Reich.

Frhr. v. Maltzahn bisher Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, ist mit der kommissarischen Vertretung des Deutschen Reiches bei den Regierungen von Lettland und Estland mit dem Sitze in Königsberg beauftragt worden.

— Der bayerische Ministerialrat Franz v. Stockhammern, der in den letzten Jahren Erzbergers Privatsekretär war, wurde als Ministerialdirektor in das Reichsministerium der Finanzen berufen.

— Die Handwerkskammer Saarbrücken beschloß, der für den 27. d. M. nach Trier einberufenen Volksversammlung die Verlegung des Sitzes der Kammer nach Trier zu empfehlen; nur eine Abteilung soll noch in Saarbrücken belassen werden.

— In den Landesausschuß des Fürstentums Lübeck sind gewählt worden: 11 Mehrheitssozialisten, 8 Deutschnationale, 6 Demokraten, 1 Unabhängiger. Gewonnen haben gegen die letzten Wahlen vom 23. Februar die Deutschnationalen 1190 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 159 verloren haben die Demokraten 927 und die beiden sozialistischen Parteien 1354 Stimmen.

— Die amerikanische Militärmission hat nach neunmonatiger Anwesenheit Berlin verlassen, nachdem sie ihre Geschäfte erledigt hatte. Diese Geschäfte bestanden hauptsächlich in der Förderung des Abtransportes der amerikanischen Gefangenen aus Deutschland.

*

:: **Eine deutsche Protestnote an Frankreich.** Das Erscheinen eines französischen Kreuzers vor Apenrade in Nordschleswig hat in deutschen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Ursache des Erscheinens des Kriegsschiffes hängt mit dem seinerzeit gemeldeten Besuch dänischer Pfadfinder in Sonderburg, bei dem es zu einem kleinen Skandal kam, zusammen. Der Besuch dieses Kriegsschiffes in deutschen Hoheitsgewässern war der deutschen Regierung den Vorschriften entsprechend angezeigt worden, worauf eine Ablehnung erfolgte. Trotzdem ist es in Apenrade erschienen. Das Schiff ist dann nach Flensburg weitergefahren. Wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, hat die deutsche Regierung durch einen Funkspruch die Zurückziehung des französischen Kreuzers verlangt, indem darauf hingewiesen wird, daß sein Erscheinen in deutschen Hoheitsgewässern mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht in Einklang steht.

:: **Hindenburg als Reichspräsident?** Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei nahm in seiner in der Reichshauptstadt abgehaltenen Sitzung zu der nach Verabschiedung der Reichsverfassung bevorstehenden Wahl des deutschen Reichspräsidenten Stellung. Die Erörterung gipfelte, wie der Nationalliberalen Korrespondenz berichtet wird, in der einmütigen Auffassung, daß dieser Akt des deutschen Volkswillens nicht durch parteipolitische Kämpfe getrübt werden dürfe. Für alle deutschbewußten Männer und Frauen käme nur ein Name in Betracht, der uns Sinnbild deutscher Pflichttreue in Krieg, Sieg und Not bedeutet: Hindenburg. Das deutsche Volk müsse die Pflicht in sich fühlen, den Generalfeldmarschall zu bitten, die höchste Würde, die es zum ersten Male in seiner Geschichte zu vergeben hat, als vaterländischen Dank entgegenzunehmen.

:: **Das Rote Kreuz für die Gefangenen.** Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz verwendet sich in einem Brief vom 22. August beim interalliierten Obersten Rat für eine möglichst rasche Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus den Ententeländern. Trotz des formellen Grundes, daß der Friedensvertrag immer noch nicht von drei Großmächten der Alliierten unterzeichnet sei, sollte der darin vorgesehenen Heimschaffung der Kriegsgefangenen nun doch nichts mehr im Wege stehen, und man müsse schon jetzt die Mittel und Wege dafür prüfen. Wenn die Heimschaffung der beträchtlichen Menschenmassen sofort nach Inkrafttreten des Vertrages beginnen würde, so würde sie schon vor Eintritt des Winters beendet sein. Deshalb wünscht das Komitee dringend, daß die im Artikel 215 vorgesehene Sonderkommission in den Stand gesetzt wird, ihre Arbeiten sofort zu beginnen und daß ferner gleichzeitig Kommissionen eingesetzt werden, um mit der österreichischen Delegation zu beraten. Diese Maßnahmen würden beweisen, daß die Entente die Kriegsgefangenen nicht einer weiteren Winterkriegsgefangenschaft aussetzen und Anordnungen treffen wolle, um die rasche Durchführung einer der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages zu ermöglichen.

:: **Den Austritt der Unabhängigen aus den Parlamenten** hat eine Versammlung der Großberliner unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte und Parteifunktionäre gefordert. Wenn man annahm, daß die unabhängigen Abgeordneten dieser Aufforderung freudig folgen würden, so hat man sich anscheinend getäuscht. Die Antwort auf den Beschluß der Parteifunktionäre ist verlegenes Schweigen. Die „Freiheit", das Organ der Berliner Unabhängigen, wenigstens findet dazu bisher keine Worte. Vermutlich werden sich die unabhängigen Parteiführer die Anregung ihrer Genossen erst noch etwas überlegen. Sie wissen nicht, was sie bei einem Verzicht auf ihre parlamentarischen Rechte gewinnen, aber um so besser, was sie dabei verlieren würden. — Die Berliner Unabhängigen haben in nicht weniger als 50 Versammlungen die arbeitenden Klassen zur Abwehr der gegenrevolutionären Gefahr aufgerufen, die im Osten aufmarschiere und sowohl die deutsche wie die russische Revolution bedrohe. In sämtlichen Versammlungen wurde „protestiert gegen die verbrecherische Politik, die die Regierung im Osten betreibe und die die Gefahr innerer und äußerer Wirren heraufbeschwöre." Diesen Protest kann man verstehen, da das Parteiorgan der Berliner Unabhängigen, die „Freiheit", ja das Menschenmöglichste in der Verhetzung der Massen leistet. So wird z. B. in einem Aufruf „An die revolutionäre Arbeiterschaft" der Vorwurf gegen die Regierung erhoben, „sie führe blutigen Krieg gegen die oberschlesischen Arbeiter". Das Oberkommando hat im Falle der Wiederholung derartiger Verstöße ein Verbot der „Freiheit" angedroht. Die schändliche Entstellung des wahren Sachverhalts, die angesichts der festgestellten Invasion polnischer Banden und während der schwebenden Verhandlungen mit der Entente dem Hochverrat nahe komme, sei verständlich, da der Zusammenhang der von der „Freiheit" unterstützten kommunistischen Elemente mit den Polen feststehe.

:: **Erhöhung der für die Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellten Mittel.** Die von der Regierung bewilligten 500 Millionen zur Senkung der Lebensmittelpreise werden um weitere 50 Millionen auf 550 Millionen erhöht. Diese 50 Millionen sollen vorzugsweise leistungsschwachen Gemeinden zugute kommen, da aus zahlreichen Gemeinden Mitteilungen eingelaufen sind, daß die Senkung der Lebensmittel noch nicht in der gewünschten Weise hat durchgeführt werden können.

:: **Die Verteilung der neuen Landesfinanzämter.** Von den neu zu errichtenden Landesfinanzämtern sollen für Preußen mit Anschluß einiger kleinerer Länder und Gebietsteile etwa 12 an der Zahl vorgeschlagen werden. Sie sollen nach Möglichkeit an die preußischen bestehenden Provinzen angeschlossen werden. Es sind Landesfinanzämter vorgesehen: eins für das Gebiet von Bremen und Oldenburg, eins für Hamburg, eins für Lübeck und die beiden Mecklenburg, eins für das eventuell zu bildende Groß-Thüringen, eins für Württemberg mit Einschluß von Hohenzollern, drei für Bayern einschließlich der Pfalz und zwei für Sachsen.

:: **Die preußischen Staatseisenbahnen ohne Einkommen.** Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat soeben den beteiligten Gemeinden mitgeteilt, daß für das Steuerjahr 1919 eine nach den Ergebnissen des Rechnungsjahres 1916 zu versteuerndes kommunalabgabepflichtiges Reineinkommen der preußischen Staatseisenbahnen nicht vorhanden ist. Durch diese amtliche Feststellung erleiden zahlreiche Gemeinden einen erheblichen Steuerausfall. Die Verhältnisse sind inzwischen soweit gediehen, daß die preußische Staatseisenbahnverwaltung jetzt täglich zehn Millionen Mark Fehlbetrag hat, also jährlich 3½ Milliarden Mark Zuschüsse braucht, die aus Steuern gedeckt werden müssen.

Rundschau im Auslande.

* Dr. Seyda, ehemals Reichstags- und Landtagsabgeordneter, jetziger polnischer Minister für das preußisch-polnische Gebiet, hat nach Auflösung des Obersten polnischen Volksrates die Verwaltung des besetzten Teiles der Provinz Posen übernommen.

* In Belgien soll die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Die Dienstzeit soll ein Jahr betragen.

* Der größte Teil der Gebiete von Urundu und Ruanda (Deutsch-Ostafrika) soll nach einem englisch-belgischen Abkommen Belgien zugesprochen werden.

* Das Repräsentantenhaus in Washington nahm einen hohen Schutzzolltarif für Wolfsamerz an, wodurch die Einfuhr der deutschen Erzeugnisse unmöglich wird. Der Präsident wird wahrscheinlich sein Veto einlegen.

*

Oesterreich: Milderungen des Friedens.

* Die englischen Blätter bringen eine Reutermeldung aus Paris, die besagt, daß zahlreiche der deutsch-österreichischen Gegenvorschläge angenommen worden seien, und daß der neue Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich sich in vielen Punkten von dem ursprünglichen Vertrag unterscheiden werde. Der Oberste Rat hat besonders aber eine Klausel beraten, nach der sich die österreichische Republik verpflichtet, ihre Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Sie soll die Annäherung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verhindern. — Wie die Wiener „Mittagspost" erfährt, soll Südtirol volle Autonomie erhalten. Es wird ein eigener Landtag errichtet werden. Italien soll das Einspruchsrecht eingeräumt werden. Der italienische Gouverneur würde das Einspruchsrecht gegen die Landtagsbeschlüsse haben, die mit den Interessen Italiens nicht im Einklang stehen. Aeußerungen der venezianischen Presse ist zu entnehmen, daß die italienische Regierung das Fortbestehen der deutschen Schulen verbürgt aber überall dort, wo sich eine erhebliche Anzahl italienisch sprechender Kinder befindet, italienische Schulen errichten wird.

Frankreich: Die Ueberwachung Deutschlands.

* Der Pariser „Temps" ermahnt die französische Regierung die Entwickelung Deutschlands aufs genaueste zu

verfolgen. Deutschland sei im Begriff, politisch, wirtschaftlich und militärisch eine Einheit zu werden. Politisch sei dies in der Verfassung klar ausgesprochen, und wirtschaftlich habe Erzberger durch seine Finanzpolitik den Grundstein hierzu gelegt. Auch militärisch schicke sich Noske an, die Einheit zu erzielen. Er sei nach München gereist, um auch die Leitung der bayerischen Armee zu übernehmen. Das Blatt sagt, wenn Italien und England sofort nach Ratifizierung des Friedensvertrages Botschafter nach Berlin entsendeten, müsse Frankreich selbstverständlich dem Beispiel seiner Verbündeten folgen. Es müsse der richtige Mann nach Berlin gesandt werden, der die erforderlichen Kredite und Männer zur Verfügung habe, um festzustellen, was Deutschland auf allen Gebieten unternehme.

Spanien: Verschärfung der Streikbewegung.

* Von der Bauindustrie hat die Streikbewegung auch auf die Textilindustrie übergegriffen. Die Erklärung der Ausständigen verlangt sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Bürgschaften. Auch der Streik der Seeleute dehnt sich bedenklich aus. Die Streikenden verlangen Lohnerhöhung und Entlassung aller nichtorganisierten Seeleute. Der Reedereiverband erklärte sich zu teilweisen Zugeständnissen bereit.

Vereinigte Staaten: Einjährige Paßsperre nach Amerika.

* Um das Hereinströmen von Fremden in die Vereinigten Staaten nach Friedensschluß zu verhindern, hat Wilson in einer Botschaft an den Kongreß verlangt, daß das während des Krieges in Kraft befindliche Paßgesetz noch ein Jahr nach Proklamierung des Friedens in Kraft bleiben soll.

Vereinigte Staaten: Die Kampfansage der Republikaner.

* Der Beschluß des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten betreffend Schantung, wonach unter Abänderung des Friedensvertrages China statt Japan den Hafen von Schantung übernehmen soll, wird in Amerika als Kriegserklärung an Wilson aufgefaßt. Die republikanische Opposition sei jetzt sicher, die Ablehnung des Friedensvertrages zu erlangen. Sie wolle vorschlagen, daß der Kongreß eine Resolution annehmen solle, durch die der Kriegszustand für beendet erklärt und der Präsident ermächtigt werde, geschäftliche und diplomatische Beziehungen mit den feindlichen Ländern wieder aufzunehmen. In den Wilson nahestehenden Kreisen vertrete man die Ansicht, daß, wenn der Antrag des Senatsausschusses angenommen werde, England, Frankreich, Italien und Japan wieder zu ihrem geheimen Abkommen von 1915 zurückgreifen würden und daß dann Schantung doch in Händen Japans bleibe.

Kirche und Gemeinschaft.

I. Die Gemeinschaftsbewegung umfaßt einen Reichtum religiöser Kräfte. Ihn der Gesamtheit der Kirche zu erhalten und für den Bau des Reiches Gottes fruchtbar zu machen, ist eine dringende Pflicht und Aufgabe der Kirche.

II. Die Gemeinschaftsbewegung wird ihrem Wesen nach am besten verstanden aus ihrer Forderung 1. der persönlichen Heilserfahrung, 2. des Zusammenschlusses der ihres Heils Gewissen, 3. der Evangelisationsaufgabe dieser an den übrigen, sowie aus ihrem Streben, das Bild der biblischen Gemeinden möglichst unmittelbar zur Darstellung zu bringen.

III. Insofern bildet sie in der Kirche eine notwendige Gegenwirkung gegen zu starke Betonung des objektiven Charakters der Kirche und der kirchlichen Ordnungen. Andererseits bedarf sie bei ihrem mehr auf das Subjektive gerichteten Wesen selbst der Kirche und des Gewinnes, der in der Verbindung mit ihr liegt.

IV. In ihrer Stellung zur Kirche ist die Gemeinschaftsbewegung nicht einheitlich zu erfassen wegen der verschiedenen Beschaffenheit der Kirche in den einzelnen Landschaften und wegen der verschiedenen in ihr vorhandenen Strömungen. Um zu möglichst greifbarem Ergebnis zu kommen, ist es daher geraten, sich an die vom Vorstande des deutschen Verbandes für Gemeinschaftspflege und Evangelisation (Gnadauer Verband) vorgetragenen Wünsche zu halten. Diesen Wünschen sollte die Kirche, entsprechend Satz oben I und II, soweit entgegenkommen„ als es sich irgend mit ihren unveräußerlichen Grundsätzen verträgt. Es handelt sich um folgende vom Gnadauer Verband aufgestellte Grundsätze:

1. „Wir wünschen die Heranziehung charismatisch begabter Gemeindeglieder zur geordneten Mitarbeit in der Gemeinde."

Diese Forderung wird auch von anderer Seite aufgestellt. Sie ist unabweisbar. Es sollten alle in der Gemeinde vorhandenen Gaben und Kräfte zu ihrer Verwaltung und Erbauung unter der geordneten Leitung der Gemeinde herangezogen werden.

2. „Wir wünschen das Recht auf Benutzung der Kirchen und kirchlichen Gebäude zu Vereins- usw. Festen, Evangelisation im Rahmen der kirchlichen Gemeinde- und Gottesdienstordnung und unter Bürgschaft der Gemeinschaftsleitung."

Dieser Anspruch ist begründet; ihn zu versagen wäre auch unweise.

3. „Wir wünschen ausgesprochen zu sehen, daß Teilnahme an Abendmahlsfeiern in brüderlichen oder häuslichen Kreisen die kirchliche Ordnung nicht verletzt."

Die Kirche hat schon begonnen, den Parochialzwang betr. die Teilnahme an Abendmahlsfeiern und ihrer Veranstaltung zu mildern. Auf diesem Wege ist fortzufahren; wo eine grundsätzliche, in Bestimmungen gefaßte Regelung der Sache noch nicht möglich ist, sollte weitgehende Duldung geübt werden.

4. „Wir wünschen Aufhebung des Parochialzwanges solcher Gemeindeglieder, die aus Gründen des Gewissens und der Überzeugung ihre seelsorgerliche und gottesdienstliche Versorgung in einer anderen Gemeinde oder bei einem anderen Pfarrer suchen."

5. „Wir wünschen den Schutz der Minderheiten (Bildung von Minoritätsgemeinden)." Beide Forderungen werden voraussichtlich ihre Erledigung finden in der kommenden Gesetzgebung über Lockerung des Parochialzwanges und Schutz der Minderheiten, sie werden keineswegs nur von der Gemeinschaftsbewegung gefordert.

6. „Wir wünschen, daß zur geistlichen Versorgung von Minoritätsgemeinden auch Nichttheologen herangezogen werden können."

Soweit dieser Punkt sich auf nicht akademisch, wohl aber seminaristisch gebildete Prediger bezieht, erscheint er durchaus erfüllbar, wie auch in den letzten Jahren schon vielfach Gemeinden, sei es vertretungsweise, sei es dauernd, von früheren Missionaren bedient worden sind. Soweit dieser Punkt sich auf zwar nicht schulmäßig vorgebildete, wohl aber charismatisch begabte Persönlichkeiten bezieht, wäre er vielleicht so zu erfüllen, daß mehrere kleine Minoritätsgemeinden (um solche wird es sich in diesem Punkt vornehmlich handeln) unter einem theologischen Leiter vereinigt werden, dem diese Persönlichkeiten als Helfer zur Seite und unterstellt werden.

Bielefeld. Pastor W. Michaelis.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 29. August 1919.

— **Die städt. Zahnklinik** ist bis einschließlich 4 Oktober geschlossen.

— **Vollmilchversorgung.** Die Belieferung der Kinder im 7. bis 9. Lebensjahre wird am Donnerstag, 28. 8. 1919, wieder aufgenommen. Bei täglicher Lieferung ins Haus sind für folgende Milchmengen besondere Preise festgesetzt worden: ein Viertel Liter 13 Pfg., ein Achtel Liter 7 Pfg. Mengen von einem Liter und drei Vierteln Liter sind von den Milchverteilern unter allen Umständen täglich zu liefern.

— **Kochmehlverteilung im Stadtkreis Bielefeld.** Die Versorgungsberechtigten können von Sonnabend, den 30. d. M., bis einschließlich Dienstag, den 2. September, auf Abschnitt 9 der bis 31. 8. gültigen rosafarbigen Einfuhrzusatzkarte ½ Pfund amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 42 Pfg. beziehen. Das Mehl wird durch die Kolonialwarenhandlungen laut Kundenliste abgegeben. Die Abschnitte 9 der Einfuhrzusatzkarte sind von den Kolonialwarenhändlern auf besondere Sammelbogen aufzukleben und am Donnerstag, den 4. September, im Rathaus, Zimmer 43, abzuliefern. — Die bis Dienstag, den 2. September, nicht eingelösten Marken sind verfallen.

Verschiedenes.

** **Entdeckung einer großen Erdölquelle in Oldenburg.** In dem kleinen oldenburgischen Orte Bloh stieß man kürzlich bei Bohrungen auf Erdöl. Inzwischen sind Sachverständige an Ort und Stelle erschienen, um festzustellen, ob sich tatsächlich hier genügend Oel in der Erde befinde. Man hat ein bedeutendes Oelgelände festgestellt und nun soll hier eine Oelquelle errichtet werden. Die Bauten sind bereits im Gange. Für die Besitzer des Geländes, arme Bauern, ist dieses Oelvorkommen ein Glücksfall, denn sie haben ihr Terrain teilweise an eine unternehmende Gesellschaft verkaufen können. Dort, wo die ersten Bohrungen vorgenommen wurden, quillt ein großer Strom empor, getrieben von einem starken Gasdruck und enthält leichteres und schweres Oel. Deutschland knan nur wenige Oelquellen aufweisen, und es wäre für uns von großer Bedeutung, wenn die Spekulation auf diese entdeckten Oellager nicht fehlginge.

** **32 000 Zentner Lebensmittel beschlagnahmt.** In Stolp in Pommern beschlagnahmte die Polizei vier Waggons Schmalz in Fässern, fünf Waggons amerikanisches Schweinefleisch, mehrere Waggons Wurst, Kaffee, Kognak, Erbsen und Seifen. Insgesamt sind der Polizei 32 000 Zentner im Werte von mehreren Millionen Mark in die Hände gefallen. Die Waren lagerten im Stolper Schlachthause. Der Nachweis, daß die Waren mit Genehmigung der Reichseinfuhrstellen eingeführt worden sind, konnte nicht erbracht werden.

** **Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Serbien.** Im Lager auf dem Lechfeld (Bayern) sind 2500 Angehörige der ehemaligen Armeeabteilung Schoch aus der Gefangenschaft in Serbien eingetroffen und feierlich empfangen worden. Der Kommandant des Durchgangslagers Oberst Bedall hielt eine kurze Ansprache und verlas ein vom Reichspräsidenten Ebert und vom Reichskanzler Bauer eingegangenes warmherziges Begrüßungstelegramm, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Im Auftrag der Reichsregierung war Abg Schirmer, Mitglied der deutschen Nationalversammlung zur Begrüßung erschienen, der den Heimgekehrten herzlich dankte für all das, was sie im Kriege und in der Gefangenschaft für Vaterland und Volk geleistet und erduldet haben. Seine Mahnung, nunmehr am Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuwirken und so sich selbst und der Gesamtheit zu nützen, wurde beifällig aufgenommen. Nachher entwickelte sich im Lager unter Mitwirkung einer Musikkapelle frohes Leben. Die vom Roten Kreuz verteilten Liebesgaben trugen mit dazu bei, das Frohgefühl der Heimgekehrten zu heben. Es ist im Lager alles vorbereitet, um den zurückgekehrten Gefangenen die kurze Zeit ihres Aufenthaltes so angenehm als möglich zu machen.

△ **Keine Neuanwerbungen für die Reichswehr.** Zur Durchführung der Verminderung des Heeres auf Grund des Friedensvertrages sind künftighin Neuanwerbungen und Neueinstellungen in die Reichswehr verboten. Für zurückkehrende Kriegsgefangene und die bei Abwicklungsstellen zurückgehaltenen Kapitulanten wird eine bestimmte Anzahl von Unteroffizier- und Mannschaftsstellen offen gehalten werden. Es empfiehlt sich daher nicht, zum Zwecke der Meldung noch kostspielige Reisen zu Werbestellen oder Truppenteilen zu unternehmen, da sie ohne Erfolg sein werden.

** **Neue Schürfungen in der Rheinpfalz.** Das bayerische Oberbergamt hat die Berginspektion Zweibrücken angewiesen, gemeinschaftlich mit den Bezirksämtern sämtliche Kohlenvorkommen im Kuseler Gebiet (Nähe der Grenze des neuen Saarlandes auf pfälzischer Seite) festzulegen. Soweit es sich um Braunkohlenschichten handelt, wird mit dem Abbau unverzüglich begonnen. Die tieferen Steinkohlenflöze, die vom Saarkohlengebiet bis nach Kusel hin streichen, sollen ebenfalls nutzbar gemacht werden. Die Kohlenschürfungen im Osterthal und in der Nähe von St. Wendel haben schon begonnen.

** **Polnische Judenprogrome in Minsk.** Einen furchtbaren Pogrom gegen die Juden haben die polnischen Soldaten beim Einmarsch im eroberten Minsk veranstaltet. 32 Juden, darunter Frauen und Kinder, wurden von den Soldaten in unerhört grausamer Weise ermordet. 500 jüdische Privathäuser und Geschäfte wurden ausgeplündert. Auch die jüdischen Gotteshäuser wurden nicht verschont. Die Thora-Rollen wurden besudelt und zerrissen. Zahlreiche Juden erlitten blutige Mißhandlungen, viele wurden verschleppt.

Kleine Nachrichten.

* Die Dresdener Bankbeamten haben beschlossen, am 1. September die Arbeit niederzulegen, nachdem die Bankleitungen abgelehnt hatten, einen Tarifabschluß bis zum 20. d. M. zu unterzeichnen.

* In Konstanz hat die Deutsche Luftreederei einen neuen Flughafen errichtet, der als Ausgangsstation für Flüge nach der Schweiz und Italien gedacht ist.

* Die „Times" melden aus Peking, daß in Shanghai eine Choleraepidemie wütet, die sich über ganz China auszubreiten droht. In Mukden fallen der Krankheit täglich Hunderte von Personen zum Opfer.

Letzte Nachrichten.

Weitere 150 Millionen für Wohnungsbau?

Die vom Reich und Preußen für die Behebung der Wohnungsnot bereits bewilligten 500 Millionen werden für diese Baupläne nicht hinreichen; es werden weitere 150 Millionen dafür in Anschlag gebracht.

Amerika mobilisiert.

Die Miliz der vier mexikanischen Grenzstaaten wurde mobilisiert. Der mexikanische Staat ersuchte den Präsidenten um die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmer zur Wahrung der Landesinteressen.

Russisches Friedensangebot an Rumänien?

Nach einer Bukarester Meldung ist eine von Lenin entsendete bolschewistische Delegation in Kischinew eingetroffen, um Rumänien ein Friedensangebot zu übermitteln.

Der Aufmarsch gegen Rußland.

Nach einer Meldung aus der finnischen Hauptstadt Helsingfors erklärte Trotzki in einem Appell an die Sowjettruppen, es sei eine englische Fliegertruppe von etwa 6000 Fliegern in Rußland versammelt, so daß in den nächsten Tagen Fliegerangriffe auf allen Fronten zu erwarten seien. Hiervon werde das weitere Bestehen der Sowjetregierung abhängen. — Die Sowjetregierung hat alle Vorbereitungen zur Verteidigung der Sowjetrepublik gegen die Alliierten getroffen. Ein Befehl Trotzkis bestimmt die Aushebung von 750 000 Personen für die rote Armee. Für die Munitionsfabriken wird die Zwangsarbeit der Bürger eingeführt.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 7382 Hannover.

Evangel. soziales Frauenseminar
der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**

Mädchen
für Reinemachen, Packen und sonstige Arbeit sofort gesucht.
Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Stellen-Gesuche u. -Angebote
haben im „Aufwärts" sehr oft **Erfolg.**

Zur Erwerbsgründung
5000 chemisch-technische Rezepte Mk. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte Mk. 6.—, zusammen Mk. 15.—. Beide Werke von Chemikern 1. Ranges. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin FA 14, Annenstr. 24.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld
bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren erbetenen Kreisen zugänglich machen zu können.
Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.